

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Ulrich Huber

BLICKPUNKT Nr. 05

Juli 2010

Jahrgang 39

CDU/FW/SPD für drastische Erhöhung der Bestattungsgebühren
Die Linke/DKP lehnt ab

DKP-Stadtrat Reinhard Püschel:

Können wir uns das Sterben noch leisten?

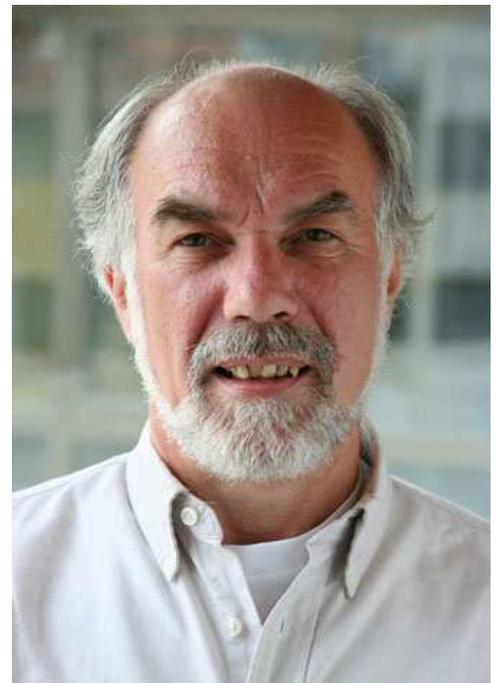
Schon im Februar 2010 hatten die Gemeinderatsfraktionen die hundertprozentigen Bestattungsgebühren gefordert. Jetzt haben sie ihre Androhung wahr gemacht: Die Bestattungsgebühren wurden verdoppelt, in manchen Bereichen sogar vervierfacht. Obwohl SPD Fraktionschef R. Neidlein sich über diese Erhöhung „erschrocken“ zeigte, haben er und seine Partei dieser Erhöhung zugestimmt. Die Freien Wähler (FW) verlangten sogar, die Kalkulationsberechnungen in kürzeren Abständen durchzuführen: Also, die Gebühren öfter zu erhöhen. Die CDU stellte sich demonstrativ hinter die Erhöhung. Einzig die Fraktion Die Linke/DKP hat die Erhöhung der Bestattungsgebühren „entschieden“ abgelehnt.

Reinhard Püschel, der für die Fraktion im Ausschuss Technik und Umwelt sitzt, wo dieser Unsinn auch vorbereitet wurde, sagte, es sei „enorm unsozial“ die Gebühren „so drastisch“ zu erhöhen.

Im Namen der Fraktion appellierte er an die Vernunft der Stadträte, endlich damit aufzuhören, einseitig festzustellen, dass die Kommunen

kein Geld hätten. Geld, so Püschel, sei genug da. Es sei nur falsch verteilt. Seiner Meinung nach gehöre der Bereich Bestattungswesen zur Daseinsvorsorge einer Kommune. DKP-Stadtrat Püschel verwies dabei auf die Feststellung des Verbandes des Deutschen Städtetages „...dass trotz jahrelanger Sparmaßnahmen der Kommunen, das Problem der Finanznot nicht gelöst werden konnte“. „Wenn wir so weiter machen, wird die Finanznot der Städte nie behoben sondern sich Jahr für Jahr weiter verschlimmern“.

Püschel in seiner Rede weiter: „Wir meinen, anstatt nach unten weiter zu geben, müssen wir den Druck nach oben aufbauen“. Dabei verwies er auf einen Antrag seiner Fraktion, der eine Aufforderung an die Stadtverwaltung beinhaltet, eine Initiative zu ergreifen, um alle Städte und Gemeinden zu gemeinsamen Protestaktionen aufzurufen. Ziel: Bund und Land sollen den Kommunen nicht die notwendigen Gelder streichen, sondern mehr Gelder zur Verfügung



**DKP Stadtrat
Reinhard Püschel**

stellen, damit sie ihren gesetzlichen Auftrag, die Daseinsvorsorge zu gewährleisten, auch umsetzen können. Am Schluss seiner Ausführungen sagte Püschel: „Wir lehnen die Erhöhung der Bestattungsgebühren entschieden ab!“ Bei vier Gegenstimmen und vier Enthaltungen wurden die Gebühren erhöht.



Statt Schutzschirme für die Reichen - denen die Profite streichen!

Die DKP im Internet: www.dkp.de www.unsere-zeit.de www.kommunisten.de

Gemeinderat diskutiert Flächennutzungsplan

Die Linke/DKP gegen Fuchssteige Bebauung Erlebnisbad bei Schwenk nicht vom Tisch

Der Flächennutzungsplan wurde auf den Weg gebracht mit dem Ziel "Flächenreserven zur Sicherung der Hauptfunktionen Wohnen, Arbeiten, Erholen und Versorgen sinnvoll zu entwickeln". Aber, so die Feststellung in der schriftlichen Vorlage der Stadtverwaltung, gebe es für die Zukunft keinen Wohnbauflächenbedarf. Grund: Weil die Einwohnerzahl nach statistischen Berechnungen weiter sinke.

Stadtrat R. Püschel, der für die Fraktion Die Linke/DKP zur Tagesordnung sprach, kritisierte, dass die Fuchssteige sogar auf Platz 1 der geplanten Wohnbaumaßnahmen stehe. Und das, obwohl der Gemeinderat mit Widerstand der dortigen Bewohner rechnen müsse. Nach wie vor sei der Vogelschutz (Baumfalke) und die Abholzung des Waldes ein ungelöstes Problem. Püschel sprach sich dafür aus, sich nur für solche Gebiete zu entscheiden, wo kein Wald abgeholzt und Tierarten nicht bedroht sind. Auf die Anfrage von Stadtrat N. Fandrich (Linke), wie es mit

dem neuen Gutachten zum Baumfalken bestellt sei, antwortete OB Ilg, dass dieses geprüft werde. Bewohner

der F u c h s - steige hatten auf das Gutachten aufmerksam gemacht.

W a r u m wird die Wohnbebauung nur für Ein-

familien- und Reihenhäuser mit großem Flächenbedarf beschränkt und nicht auf Mietwohnungsbau, wollte Püschel wissen. Will man das der Gagfah alleine überlassen? Bei dieser Gelegenheit wies Püschel auf Mietwohnungsblöcke in der Oststadt hin, die, wenn sie nicht bald saniert werden, in ein paar Jahren zusammenfallen. Aufgefallen sei der Fraktion Die Linke/DKP, dass das Erlebnisbad bei Schwenk in Mergelstetten nach wie vor in der Planung sei. Diese Bedenken veranlassen uns, dem Flächennutzungsplan nicht zuzustimmen.

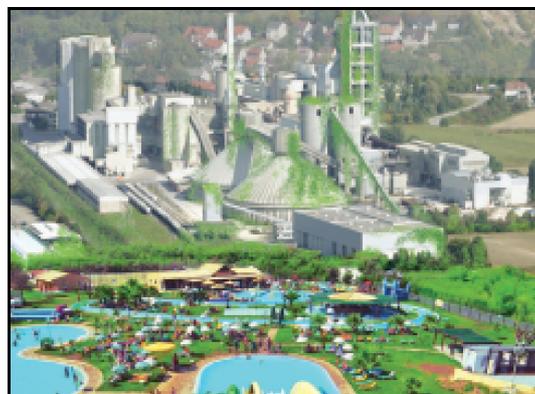


Bild: HNP 01. April 2010 (Ausschnitt UHU)

Es scheint, es war kein Aprilscherz

Sollen sich Ortschaftsverwaltungen wegsparen?

Kürzlich hatte die CDU-Gemeinderatsfraktion ein Gespräch mit dem Großkuchener Ortschaftsrat. Da ging es darum, dass auch die Teilorte ihren Beitrag zu den Sparbemühungen der Stadt beisteuern könnten. Schon Anfang des Jahres 2010 hatte der Heidenheimer Gemeinderat nicht nur Sparbemühungen, sondern auch durchaus die Ortschaftsverwaltung in Frage gestellt. Den Ortschaftsräten wurde angeraten, sich über sich selbst Gedanken zu machen. Da kam es aber zu harscher Kritik seitens der Betroffenen, sowie von der Fraktion Die Linke/DKP – und das zu Recht. Denn nichts anderes als Einsparen in allen Bereichen machen ja schon lange die Ortschaftsräte. So wird schon Vieles ehrenamtlich gemacht. Wenn dann mal alle Ehrenamtliches leisten, dann sind die Ortschaftsverwaltungen und deren Räte tatsächlich überflüssig.

Richtig ist, alle Sparbemühungen der Kommunen verschlimmern nur noch die Situation. Zu dieser Auffassung kam selbst der Deutsche Städtetag. Die Finanzkrise haben nicht die Kommunen verursacht. Verantwortlich ist das politische System, in dem wir leben und die politischen Parteien wie die CDU, die dafür sorgten, dass die Bänker unser Land fast an die Wand fahren konnten. Richtig ist auch, die Verantwortlichen dieser Krise müssen zur Rechenschaft und zum Zahlen herangezogen werden. Das Konnexitätsprinzip muss durchgesetzt werden. Bund und Land müssen endlich die Gelder, die den Kommunen zustehen, ausbezahlen. Nicht anders!

Geht der CDU nicht schon wieder auf den Leim!





Hermann Mohn

Wer war Hermann Mohn?
geboren am 28. Oktober 1889 in Heidenheim
verstorben am 02. Juni 1989 in Ulm (CDU)

Ein Hermann-Mohn-Weg - am Heidenheimer Schloß
Zur Erinnerung an Hermann Mohn, den ehrenamtlichen Erbauer
und ehrenhaften Heidenheimer Anwaltskammer
der vom Heidenheimer Heidenheimer Volk
1989

Eine Broschüre von
DKP Altstadtrat Huber
über die Lebensleistung
im Ehrenamt des Heiden-
heimer Hermann Mohn.
Ein Exemplar -für Druck
und Papier- kann zum
Preis von 4,50 € (+Porto)
telefonisch unter
(07321) 941 783
oder per E-Mail bei
Ulrich.Huber@t-online.de
bestellt oder erworben
werden.

Spende!

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung
**BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und
andere Publikationen kosten Geld**
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen

DKP Heidenheim
Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 03
Kreissparkasse Heidenheim

Vielen Dank!